Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Regierungsratsbeschluss vom 18. April 2023

Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut"; Antrag auf Verlängerung der Fristen gemäss § 19 Abs. 1 IRG; Fristverlängerung **P211247**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung
Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung zur kantonalen Volksinitiative «1% gegen globale Armut» bis Ende 2023. Die Initiative fordert, dass der Kanton Basel-Stadt jährlich Beiträge für internationale Entwicklungszusammenarbeit gewährt, die mindestens 0,3 und höchstens 1 Prozent der kantonalen Steuererträge von natürlichen und juristischen Personen entsprechen.